

Citation style

Lengyel, Zsolt K.: Rezension über: Thomas Kletečka / Anatol Schmied-Kowarzik / Andreas Gottsmann, Die Ministerratsprotokolle Österreichs und der Österreichisch-Ungarischen Monarchie. Die Protokolle des Österreichischen Ministerrates 1848 - 1867 ; 2, Das Ministerium Schwarzenberg ; 3, 1. Mai 1850 - 30. September 1850, Wien, 2006, in: Ungarn-Jahrbuch, --, 29 (2008), S. 473-476, DOI: 10.15463/rec.1189731063



copyright

This article may be downloaded and/or used within the private copying exemption. Any further use without permission of the rights owner shall be subject to legal licences (§§ 44a-63a UrhG / German Copyright Act).

Flugblattkatalog erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, ist aber trotzdem eine hervorragende Fundgrube mit hoher Relevanz für die frühneuzeitliche Presse-, Buch-, Mentalitäts- und Kommunikationsgeschichte. Historiker sowie Literatur- und Kunsthistoriker werden sie mit großem Nutzen sowohl zur Untersuchung konkreter Ereignisse als auch für theoretische Fragestellungen verwenden können.

Nóra G. Etényi

Budapest

Die Protokolle des österreichischen Ministerrates 1848-1867. II. Abteilung: Das Ministerium Schwarzenberg. Band 2: 8. Jänner 1850 – 30. April 1850. Bearbeitet und eingeleitet von KLETEČKA, THOMAS – SCHMIED-KOWARZIK, ANATOL. Unter Mitarbeit von GOTTMANN, ANDREAS. Wien: öbv & hpt 2005. LVII, 396 S.; *II. Abteilung: Das Ministerium Schwarzenberg. Band 3: 1. Mai 1850 – 30. September 1850.* Bearbeitet und eingeleitet von KLETEČKA, THOMAS – SCHMIED-KOWARZIK, ANATOL. Unter Mitarbeit von GOTTMANN, ANDREAS. Wien: öbv & hpt 2006. XLII, 361 S.; *IV. Abteilung: Das Ministerium Rechberg. Band 1: 19. Mai 1859 – 2./3. März 1860.* Bearbeitet und eingeleitet von MALFÈR, STEFAN. Wien: öbv & hpt 2003. LXXXV, 559 S.; *IV. Abteilung: Das Ministerium Rechberg. Band 2: 6. März 1860 – 16. Oktober 1860.* Bearbeitet und eingeleitet von MALFÈR, STEFAN. Wien: öbv 2007. LXIX, 525 S. = Die Ministerratsprotokolle Österreichs und der Österreichisch-Ungarischen Monarchie 1848-1918. 1. Serie: Die Protokolle des österreichischen Ministerrates 1848-1867.

Das österreichische Staatssystem der 1850er Jahre hob die Verfassungsmäßigkeit auf, integrierte aber Elemente des Liberalismus. Dem Neoabsolutismus war das Doppelkennzeichen *Reaktion* und *Reform* auch in den Ländern der Stephanskrone eigen. Die Forschung hebt seinen Unterdrückungscharakter ebenso wie seine Modernisierungsvorhaben hervor. Die Art, in der sie dem einen oder dem anderen Grundmerkmal einen höheren Stellenwert beimisst, lässt gewisse Rückschlüsse auf ihre Verankerung entweder im österreichischen oder im ungarischen Geschichtsverständnis zu. Die gleichmäßige Betrachtung der Licht- und Schattenseiten des nach Alexander Bach, dem Justiz-, dann Innenminister seiner Majestät bezeichneten Systems stellt für beide Seiten heute noch eine ebenso schwierige wie reizvolle Herausforderung dar.

Das inzwischen altehrwürdige Wiener Großprojekt, aus dem nun vier Bände jüngeren Erscheinungsdatums vorgestellt werden, kommt im Allgemeinen das Verdienst zu, den Leitaspekt der gesamtstaatlichen »Neugestaltung«, wie *Modernisierung* zeitgenössisch hieß, in die wissenschaftlichen Erörterungen mit eingeführt zu haben. Die Edition der Protokolle des österreichischen Ministerrates beziehungsweise der Ministerkonferenz 1848-1867 erweitert seit den frühen 1970er Jahren Titel für Titel die Quellengrundlagen zum Nachvollzug der Entscheidungen im Reichszentrum und erhellt mit ihren Einführungen sowie Textapparaten die Prinzipien, Gliederung und Arbeitsweise des Kaiserreiches unter Einschluss aller Regierungsressorts, Verwaltungszweige und Kronländer. Sie fügt die *ungarische Frage* in die Gesamtreichsperspektive ein, wobei sie zum Inhalt der im habsburgisch-erbländischen Blickwinkel entstandenen Dokumente bandweise den aktuellen Stand hauptsächlich der österreichischen Forschung präsentiert. Sie ist somit nicht nur bei der quellenkundlichen, sondern auch der forschungsgeschichtlichen Bearbeitung des Themas unersetzlich.

Die beiden Bände aus der Abteilung II zum Ministerium Felix Fürst zu Schwarzenberg handeln auch in Bezug auf das historische Ungarn mit seinen Nebenländern Kroatien-Slawonien und Siebenbürgen sowie die neu errichtete Serbische Woiwodschaft und Temescher Banat von der Anfangsphase des Versuchs, die Staatsverwaltung mit ihrem politischen, juristischen und finanziellen Zweig nach einem neuen Zeitmaß aufzuziehen und in den praktischen Dienst der dynastischen Reichsidee zu stellen. Die Bearbeiter legen in ihren Einleitungen *Reform* als Handlung zur Schaffung nicht nur neuer, sondern qualitativ höherwertiger Strukturen aus. Zu Recht weisen sie darauf hin, dass dieses Programm, das modernisieren, zugleich aber vereinheitlichen wollte, auf ungarischer Seite sowohl bei den Liberalen als auch den Konservativen auf Ablehnung stoßen musste – bei diesen schon mit seiner Fortschrittlichkeit, bei jenen vor allem mit seiner Forderung nach Zentralisierung (II/2, S. XXXIII-XXXIV). Es ist allerdings fraglich, ob dieser Befund allein den Schluss zulässt, dass »diese Verwaltung hier, ungeachtet ihrer unbestrittenen positiven Effekte für Ungarn, ein ungeliebter Fremdkörper« (II/3, S. XXIII) geblieben sei. Die Charakterisierung der Bach-Ära als ein *Fremdkörper* gerade auch in der Verwaltungsgeschichte Ungarns war lange Zeit einer der Grundzüge der ungarischen Forschung, die aber vor rund anderthalb Jahrzehnten diesen Standpunkt zu überwinden begann, wobei ihr aus der deutschsprachigen Fachliteratur streckenweise methodische und quellenanalytische Argumente geliefert wurden. Sie weist inzwischen eine Reihe von tiefgreifenden Untersuchungen über zahlreiche ungarische Beamten vor, die nach 1848 vornehmlich auf den politisch eher nachrangigen Stufen der Verwaltungsorganisation weiter dienten oder eine Anstellung fanden. Auf diese Erkenntnisse gehen die Einleitungen der beiden Bände zum Ministerium Schwarzenberg leider nicht ein.

Die Abteilung IV zum Ministerium Johann Bernhard Graf von Rechberg führt mit den vorliegenden Bänden in die Gedankenwelt von Politikern ein, die sich in der Spätphase des Neoabsolutismus genötigt sahen, ihr Reformwerk selbst zu reformieren. Die Frage, ob und wie ihr Regierungssystem umgestaltet werden sollte, drängte sich nach allgemeiner Auffassung der internationalen Fachliteratur vor allem wegen der Staats- und Finanzkrise der Monarchie während und infolge des Krieges gegen Sardinien und Frankreich auf. Anhand der abgedruckten Dokumente lässt sich das Bild von den Ursachen nicht zuletzt mit Blick auf den zum Kronland abgewerteten früheren – und späteren – Partnerstaat verfeinern. Es ist den Einleitungen hoch anzurechnen, dass sie die Lösung der ungarischen Frage als eine Sonderbedingung für die Selbsterneuerung der Gesamtmonarchie herausarbeiten. Denn mit der praktischen Rücknahme der *Verwirkungstheorie*, in deren Zeichen das Stephansreich 1849 seiner staatlichen Souveränität enthoben worden war, gab das Regime nicht nur der ungarischen Kernforderung an Wiener Hof und Regierung statt. Mit ihr musste es zugleich sein Selbstverständnis als zentralistische Autokratie aufgeben. Der Weg zu dieser Einsicht war dornenvoll und von widersprüchlichen Festlegungen gesäumt, wie das im September 1859 oktroyierte und schon im Mai 1860 faktisch außer Kraft gesetzte Protestantenpatent, eines der häufig wiederkehrenden Themen der Ministerkonferenz, eindrucksvoll veranschaulicht. Umso klarer sticht die Bereitschaft zur regierungsamtlichen Selbstkritik aus einem in der Fachliteratur eher selten behandelten Ministervortrag hervor, den Stefan Malfèr in einer der Einführungen in voller Länge veröffentlicht. Es handelt sich um die Denkschrift von Joseph Alexander Freiherr von Hübner vom 19. Oktober 1859, die dem Kaiser eine rasche und beherzte Verständigung mit Ungarn empfahl (IV/1, S. XL-XLV). Der

Polizeiminister war mit ihr kurzfristig gescheitert – bezeichnenderweise hatte er sie zugleich als Rücktrittsgesuch aufgesetzt, das umgehend angenommen wurde. Doch seine »Ideen und Formulierungen« flossen, wie Malfè richtig beurteilt (IV/1, S. XL), in das Diplom vom 20. Oktober 1860 ein, das einen Einschnitt in der österreichischen wie ungarischen Verfassungsentwicklung markiert und in der Quellensammlung als letzter Höhepunkt thematisiert wird. Besagten Einschnitt schätzt der Redaktionsleiter der Editionsreihe ähnlich tief ein wie die ungarische Forschung, allerdings ohne zu vermerken, dass letztere teilweise dennoch die Meinung vertritt, dass der Neoabsolutismus in Ungarn über die Amtsenthebung von Minister Bach 1859 hinaus sogar bis 1867 gedauert hätte. Seine Schlussfolgerung scheint jedenfalls den gegenteiligen Standpunkt zu erhärten, wonach die erste Hälfte der 1860er Jahre nicht als Ausklang eines Regimes, sondern als Beginn eines *Systemwandels* oder einer *Wende* hin zum österreichisch-ungarischen Ausgleich zu betrachten sei: »Die Ereignisse des Jahres 1859 zwangen den Kaiser und die Regierung, in der politischen Sackgasse, die man 1851 betreten hatte, anzuhalten, und sie drängten sie, umzukehren und sie langsam zu verlassen. So gesehen war es das Jahr der Wende, und eines der wichtigsten auf dem Weg der Monarchie zum liberalen Verfassungsstaat.« (IV/1, S. LXX.)

Seit dem Erscheinen des ersten Bandes im Jahre 1970¹ ist die Historiographie des Neoabsolutismus um eine Generation reicher geworden, und vor geraumer Zeit hat auch diese wissenschaftliche Unternehmung einen entsprechenden Personalwechsel vollzogen. Ihre neuen Verantwortlichen haben die formale Struktur mit Einleitungen, Dokumententeil sowie mehreren Anhängen und Verzeichnissen beibehalten und sie mit wertvollem Inhalt gefüllt. Die besondere Stärke ihrer editorischen Leistung liegt in den Kommentaren der Protokolle, in denen sie umfangreiches Primär- und Sekundärschrifttum, ersteres sogar aus mehreren in- und ausländischen Archiven heranziehen und auswerten. Es überrascht aber, dass sie der Tradition der Reihe auch insofern treu geblieben sind, als sie auf ungarischsprachige Spezialliteratur äußerst selten – wenn überhaupt – zurückgreifen; Werke ungarischer Autorinnen und Autoren führen sie in den Anmerkungen und den Bibliographien in der Regel nur an, wenn diese in einer westlichen Sprache vorliegen. Dieses Auswahlprinzip fiel kaum auf, wenn es sich bei den entsprechenden Titeln nicht zumeist um eher ältere als jüngere Überblicksdarstellungen handelte. So aber bestätigt sich auf österreichischer Seite, was mit Beispielen aus der ungarischen Historiographie gleichfalls belegbar ist, dass nämlich zur Bach-Ära in Ungarn derzeit so gut wie kein unmittelbarer Austausch zwischen ungarischer und nichtungarischer Forschung stattfindet. Hierfür dürften sprachliche Hindernisse mit ausschlaggebend sein; in diesem speziellen Fall könnte aber auch der Umstand eine Rolle spielen, dass die ungarischen Mitglieder des gemeinsamen wissenschaftlichen Beirats der Edition ihr wissenschaftliches Ansehen mit Arbeiten zur nachfolgenden Epoche des österreichisch-ungarischen Dualismus erworben haben.

Nun stehen in dieser Serie der „Ministerratsprotokolle Österreichs und der Österreichisch-Ungarischen Monarchie 1848-1918“ die Bände zu den Jahren 1850-1852 und 1857-1860 aus. Den Herausgebern, Redakteuren und Bearbeitern seien Arbeitsbedingungen gewünscht, die es ihnen erlauben, dieses Projekt auf dem bisherigen höchsten Niveau zu Ende zu bringen und dabei den grenzüberschreitenden wis-

¹ Unter <http://www.ministerratsprotokolle.at/Seite2.htm> (16. Juni 2009) findet sich eine aktuelle bibliographische Auflistung der ersten Serie.

senschaftlichen Dialog womöglich auch mit neuartigen Impulsen zu fördern. Nach Abschluss der Editionsreihe wird das Gefühl, weitere Bände erwarten zu dürfen, vermutlich nicht nur jenen fehlen, die einst in der glücklichen Lage waren, manches Dokument an den Wiener Sammlungsstätten in ihrer archivalischen Form auszuheben.

Zsolt K. Lengyel

München

Staat, Loyalität und Minderheiten in Ostmittel- und Südosteuropa 1918-1941. Herausgegeben von HASLINGER, PETER – VON PUTTKAMER, JOACHIM. München: R. Oldenburg 2007. 262 S. = Buchreihe der Kommission für Geschichte und Kultur der Deutschen in Südosteuropa 39.

Die Frage nach der Loyalität ethnischer Minderheiten im Ostmitteleuropa der Zwischenkriegszeit ist in den letzten Jahren häufig zum Gegenstand gesellschafts- und erinnerungspolitischer Debatten geworden – etwa im Zusammenhang mit dem geplanten Vertriebenenzentrum in Berlin oder den Entschädigungsforderungen von Vertriebenen. Dabei stehen gewöhnlich die damaligen deutschen Minderheiten aus der Tschechoslowakei und Polen im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen. Der vorliegende Band versammelt die Ergebnisse einer Tagung der Südostdeutschen Historischen Kommission aus dem Jahr 2004 mit insgesamt zwölf Beiträgen. In gleich drei Aufsätzen werden theoretische Probleme erörtert (Sabine *Bamberger-Stemmann*, Hans *Lemberg*) und der Versuch einer Begriffsbestimmung unternommen (Peter *Haslinger* – Joachim *von Puttkamer*). Vier Autoren untersuchen die Einstellungen deutscher Minderheitengruppen in Polen (Ingo *Eser*), der Tschechoslowakei (Martin *Zückert*), in Ungarn (Gerhard *Seewann*) und Rumänien (Bernhard *Böttcher*). Elena *Mannová* widmet sich verschiedenen Identitätsdiskursen in der Südslowakei, Hildrun *Glass* stellt die Varianten jüdischer Identitäten in Rumänien vor. Holm *Sundhaussen* und Albert F. *Reiterer* analysieren das Verhalten von Kroaten und Muslimen im ersten jugoslawischen Staat beziehungsweise jenes der Minderheiten in Österreich. Die Überlegungen Helmut *Slapnickas* über den Zusammenhang zwischen der »Illoyalität« der Sudetendeutschen beziehungsweise Ungarn und deren Vertreibung aus der Tschechoslowakei nach dem Zweiten Weltkrieg beenden den Band.

Die Loyalität, den Hauptbegriff des Sammelbandes, verstehen Haslinger und von Puttkamer in einem umfassenden Sinn als dynamischen Prozess. Sie gehen von den theoretischen Arbeiten Rogers Brubakers aus und unterstreichen, dass zwischen Minderheitengruppen, dem Staat der Mehrheitsnation und dem konnationalen Nachbarstaat eine Vielzahl »ausdifferenzierter Haltungen und Meinungen« (S. 2.) bestehen können. Hierdurch werde auch der Staat in die Pflicht genommen, denn Loyalität sei eine gegenseitige Beziehung nicht nur innerhalb von Hierarchien, sondern auch zwischen Ebenbürtigen. Loyalität habe zudem einen Innen- und einen Außenaspekt: Während die innere Haltung des Einzelnen kaum überprüfbar sei, können kollektive Verhaltensweisen wie Teilnahme an Wahlen oder Folgeleistung eines Befehls durchaus quantifiziert werden. Doch letztlich können selbst letztere als Strategien angesehen werden, das heißt, als eine Art loyale Vorleistung, an die Erwartungen geknüpft würden. Den unbeständigen Charakter der Loyalitätsfrage offenbaren am deutlichsten die unterschiedlichen Arten, wie die jeweilige